

In dieser Ausgabe:



- EDITORIAL
- DIE GRÜNEN SIND ANDERS – GRÜN VERDIEN T EINE CHANCE
- UNS REICHT'S SCHON LANGE
- WIR STEuern HERAUS AUS DER ÖLPREIS-FALLE
- VERMÖGEN WIR GERECHTIGKEIT?
- ARBEIT, [DIE] [WEIBLICH]
- MICHAELA SBURNY
- DIE KANDIDATINNEN DER GRÜNEN IM WAHLKREIS UND IM LAND
- GRÜNE INFORMATIONSV ERANSTALTUNG ZUR HAUPTSTRASSENPLANUNG FÜR DIE ANRAINERINNEN – EIN ERLEBNISBERICHT
- WIEDER EINMAL EIN DUMMER VORSCHLAG?
- SCHILDBÜRGERSTREICH AM JORDANFELSEN?
- DIE JOURNALISTIN UND DER PROFESSOR - IN MÖDLING
- STREET EVENT IN MÖDLING, SAMSTAG, 20. SEPTEMBER 2008
- DIE GRÜNEN AM AUTOFREIEN TAG
- BESUCHERREKORD BEIM GRÜNEN WANDERKINO
- THEATER IM BUNKER 2008 – VERZAUBERN IM BERG!

Editorial



Liebe LeserInnen!

Diese Ausgabe der GRÜNEN Stadt ist schon die zweite in diesem Jahr, die sich mit einer Wahl beschäftigt, diesmal mit der vorgezogenen Nationalrats-Wahl, ausgelöst von einer streitbaren großen Koalition, die die Lust am Finden von Lösungen erst nach dem

Wahlbeschluss (wieder)gefunden hat. DIE GRÜNEN bieten Lösungen an, die durchdacht und finanzierbar sind, die aber oft ein Umdenken erfordern. Dieses Umdenken scheint im ersten Moment schwer. Trotzdem: Ändern wir Gewohnheiten schnell und freiwillig, bevor die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und damit auf das soziale Gefüge unumkehrbar sind und diese Änderungen sowieso erzwingen! Unsere Kinder und Enkel werden dankbar sein! Nutzen Sie am 28. September Ihr Wahlrecht und entscheiden Sie sich für die menschen- und umweltfreundlichen Ideen und die zukunftsorientierten Konzepte der GRÜNEN!

Johanna Heine, meine Vorgängerin als „Chefredakteurin“ dieser Zeitung, übersiedelt nach Amerika. Wir sind sicher, dass sie mit ihrer herzlichen Art Amerika im Sturm erobern und tausende Kilometer von hier GRÜNE Ideen weiterverbreiten und dafür sorgen wird, dass die Welt auch „drüben“ ein bisschen besser wird. Wir wünschen Johanna alles Liebe und Gute für ihren weiteren Lebensweg!

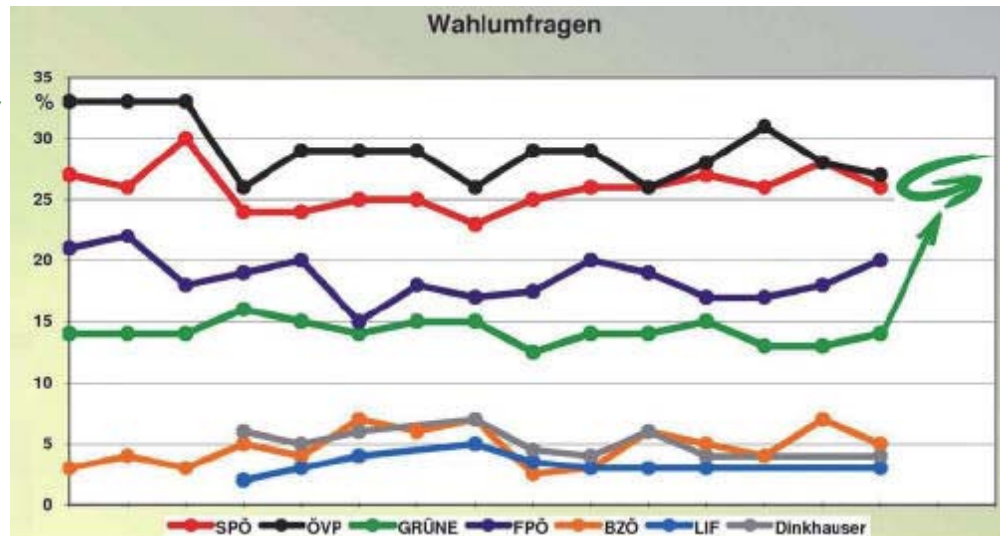
Peter Schreiber

← ZUM INHALTSVERZEICHNIS

DIE GRÜNEN sind anders – GRÜN verdient eine Chance



Wenn Sie schon sicher sind, dass Sie GRÜN wählen, weil Ihnen dieses



rot-schwarze Koalitionstheater endgültig zuwider ist, dann können Sie gerne weiterblättern. Wenn Sie schon sicher sind, dass Sie blau wählen wollen, weil die Ausländer endlich weg müssen, damit Österreich wieder zu einer „Insel der Seligen“ wird, dann haben Sie diese Zeitung sicher ohnedies schon in den Mist geworfen. Aber was ist mit denjenigen, die demokratisch, weltoffen, sozial und ökologisch denken und trotz allem weiter rot-schwarz wählen? Oder mit jenen, die mit dem Gedanken

spielen, sich auf einen „Rebellen“ wie Dinkhauser einzulassen?

langweilig, saturiert?

Man hört immer wieder: DIE GRÜNEN sind etabliert, saturiert, langweilig, auf Posten aus, man hört zu wenig von ihnen, sie vernachlässigen das Umwelt-Thema, sind EU-hörig, sind auch schon wie die anderen Parteien, sind nicht mehr attraktiv.

chaotisch, extrem?

Andererseits hängt den GRÜNEN noch immer der Ruf nach, sie seien chaotisch, extrem, wollen die Grenzen für alle öffnen, wollen die Benzinpreise stark erhöhen, wollen Haschtrafiken einrichten, haben nur das Umwelt- und das Multikulti-Thema.

seriös, konzeptionell!

Fakt ist, dass DIE GRÜNEN weniger auf Populismus setzen, sondern vielmehr seriös agieren wollen. Sie haben zu vielen Themen detaillierte Konzepte erstellt, die in den Medien oft leider nur kurz erwähnt werden, anstatt ernsthaft in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden (im Gegensatz zu irgendwelchen nichts sagenden Sagern von Strache & Co).

Grundgedanke bei den Lösungsvorschlägen der GRÜNEN ist das Prinzip der Nachhaltigkeit: Ziel sind Lösungen, die nicht schon bald nach der Wahl überholt sein dürfen, die längerfristig funktionieren, aber nicht immer spektakulär sind.

Verteilungsgerechtigkeit

Dieses Thema ist in Österreich allein nicht zu lösen und muss daher europaweit in Angriff genommen werden. DIE GRÜNEN fordern eine Europäische Sozialunion mit Mindeststandards für Löhne, Steuergerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Europäische Gewerkschaften, die der Allmacht der Konzerne besser entgegentreten können, sollen gestärkt werden. Diese Forderungen müssen von Österreich innerhalb der EU ernsthaft verfolgt werden. Es ist untragbar, dass die Österreichische Regierung in Brüssel überall mitstimmt und zu Hause die EU für alle Missstände verantwortlich macht.

Aber natürlich muss auch in der österreichischen Steuerpolitik für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden: GrößtverdienerInnen und Superreiche sollen mehr zur Finanzierung des Staatshaushalts beitragen, damit die Lohn- und GehaltsempfängerInnen entlastet werden können.

Umwelt und Klimaschutz

Das traditionelle Grün-Thema wird ja von allen Parteien aufgegriffen. Trotzdem ist Österreich in den letzten Jahren vom Vorreiter zum Nachzügler geworden. DIE GRÜNEN stehen dafür, dass hier nicht nur schöne Worte gesprochen, sondern auch Taten gesetzt werden: Sie treten für wirksamere Förderungen für erneuerbare Energien ein und für eine ökosoziale Steuerreform, die jeder Person eine Steuergutschrift von 520 Euro im Jahr bringt und im Gegenzug den Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie steuerlich stärker belastet. Davon profitieren sparsame EnergieverbraucherInnen, während jene, die Energie verschwenden, zusätzlich belastet werden.

Migration



Auch zu diesem heiklen Thema haben DIE GRÜNEN ein klares Konzept, das einerseits die Rechte von AsylwerberInnen ernst nimmt und andererseits zur Kenntnis nimmt, dass Einwanderung nach Österreich eine nicht wegzuleugnende Tatsache und in begrenztem Ausmaß auch notwendig ist. Mit einem klaren Punktesystem soll erreicht werden, dass genau die Menschen legal nach Österreich einwandern dürfen, die Österreich braucht.

Bildung

DIE GRÜNEN treten für eine bessere Frühförderung im Kindergarten und für eine gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen ein, in der „Schwächere“ und „Stärkere“ individuell gefördert werden. Ein Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung soll gesetzlich verankert werden. Der Tagesablauf an Schulen soll offener organisiert werden, damit LehrerInnen ausreichend auf die SchülerInnen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen können.

Pension

Das GRÜNE Pensionsmodell ist gegenüber dem jetzigen System kostenneutral und soll vor Altersarmut schützen und mit der Bevorzugung derer, die ohnehin bereits hohe Ansprüche haben, Schluss machen. Das GRÜNE Konzept enthält eine Grundsicherung aus Steuermitteln und eine Pension aus Beiträgen nach Erwerbsarbeit. Beide Pensionsteile werden gemeinsam ausbezahlt, sollen aber eine Höchstgrenze nicht übersteigen. Geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten des Erwerbslebens sollen im Alter über ein Pensionssplitting (Verteilung der während einer Partnerschaft erworbenen Pensionsansprüche auf beide Partner) verringert werden. Dadurch sollen die Mittel, die schon jetzt aus öffentlichen Budgets in das Pensionssystem fließen, gerechter verteilt werden.

Gesundheit

In ihren „Gesundheitspolitischen Leitlinien“ sprechen sich DIE GRÜNEN für eine Strukturreform im derzeitigen Kompetenzdschungel des Gesundheitswesens aus. Die diversen Krankenkassen sollen stufenweise zu neun Länderkassen mit gleichen Beiträgen, Leistungen und Selbstbehalten zusammengeführt werden. Statt der zunehmenden kostenintensiven „Verlängerung“ des Gesundheitswesens sollen starke Bundeskompetenzen und eine klare Rahmengesetzgebung eine Gleichstellung aller PatientInnen sichern. Da der medizinische Fortschritt, wenn er allen zugute kommen soll, trotz aller Einsparungsmöglichkeiten zu einer weiteren Steigerung der Gesundheitskosten führen wird, muss bei Bedarf für hohe Gehälter die Höchstbeitragsgrenze der Kassenbeiträge angehoben und die Beitragsgrundlage über die Arbeitseinkommen hinaus auch auf Einkommen aus Vermögen und Grundbesitz erweitert werden.



Pflege

In der Pflege kann der Einsatz unterbezahlter ausländischer Pflegekräfte keine zukunftssträchtige Lösung darstellen, zumal die häusliche Pflege damit trotzdem nicht für alle leistbar ist, die darauf angewiesen sind. In Zukunft wird für diese Aufgaben viel mehr Geld notwendig sein. DIE GRÜNEN treten für ein Gesamtkonzept ein, das ein Grundrecht auf Pflege, Betreuung und persönliche Unterstützung und einen schnellen und massiven Ausbau des Angebots im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich umfasst. Neben dem Pflegegeld, das regelmäßig valorisiert werden muss, sollen die erforderlichen Leistungen aus einem Pflegefonds finanziert werden, der aus vermögensbezogenen Steuern gespeist

wird.

Umsetzung nur bei gestärkten GRÜNEN

Das sind Beispiele für wichtige und klare Konzepte. DIE GRÜNEN haben von den WählerInnen allerdings bis jetzt keine Chance erhalten, sie umzusetzen. Es ist schwer verständlich, dass DIE GRÜNEN, die konstruktive und seriöse Politik machen wollen, unter den jetzigen Umständen in den Umfragen nur bei rund 15 % liegen, während ein Strache mit einem Zwei-Themen-„Programm“ („Ausländer raus“ und „Steuersenkung“) in kurzer Zeit von 5 auf 20 % zugelegt hat und während ein in ÖVP und AK alt gewordener Dinkhauser als plötzlicher Rebell in Tirol mit einem Null-Programm auf 18 % kommt. DIE GRÜNEN können diese Konzepte nur umsetzen, wenn sie deutlich gestärkt werden.

Liebe Wählerin, lieber Wähler!

Rot und Schwarz haben ihre Chance nicht genützt und hinterlassen nur Chaos. Dinkhauser & Co haben nichts zu bieten, wofür sie eine Chance verdienen. Und Strache? Nein danke! – Es bleibt nur eine Alternative:

Geben Sie diesmal GRÜN eine Chance!

Alfred Trötzmüller

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Uns reicht's schon lange



Seit 20 Jahren kämpfen DIE GRÜNEN für den Klimaschutz. Auch die Großparteien haben sich neuerdings dieses Mäntelchen umgehängt, aber was ist passiert? Die Atomlobby wurde erneut gestärkt, immer noch wird mit beispielloser Beharrlichkeit auf fossile Brennstoffe gesetzt. Die Bereitschaft der Regierungsverantwortlichen zu Innovation ist marginal. Jetzt, da unsere Abhängigkeit vom Öl wieder einmal schmerzlich fühlbar geworden ist, schreien alle nach einem Preisstopp, nach Preisregulierungen. Das BZÖ will sogar ein Volksbegehren (einmal mehr für die Schublade?) initiieren. Was jetzt aber wirklich benötigt wird, ist die von den GRÜNEN entwickelte „Energiewende“, die die richtigen Weichen für eine sichere, umweltfreundliche und vor allem sozial gerechte Energieversorgung der Zukunft stellt.

Was ist das: Energiewende?

„Energiewende“ nennt sich ein ausgereiftes Programm der GRÜNEN, um die CO₂-Werte nachhaltig zu senken und so im Stande zu sein, das Kyoto-Ziel zu erreichen und kurzfristig die Teuerung bei den Energiekosten abzufangen. So „nebenbei“ reduziert man damit auch die Importabhängigkeit der österreichischen Energieversorgung, die derzeit bei 70 % liegt und



Österreichs Volkswirtschaft immer teurer kommt. Und es schafft neue Arbeitsplätze. Einfach, effizient, relativ leicht umsetzbar, ohne Komfortverlust für die Menschen. Das Konzept besteht aus mehreren kurz- und langfristig wirksamen Maßnahmen, die durch Anreize (Förderungsmittel) der Regierung angekurbelt und umgesetzt werden.

Das Programm

Energieeffizienzmaßnahmen. Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) berechnet in einem „Baseline“-Szenario (keine Änderung der derzeitigen Energiepolitik) das Wachstum des Stromverbrauchs in Österreich zwischen 2004 und 2010 mit durchschnittlich + 2,3 % pro Jahr. Das Programm der Energiewende sieht eine Reduktion des Stromverbrauchs um 1 % jährlich und eine Stabilisierung ab 2010 vor. Besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen werden beim (Energie) Sparen unterstützt.

Ausbau Erneuerbarer Energien. Das erfolgreiche Ökostrom- Fördermodell soll nach der Zerschlagung durch ÖVP und SPÖ wiederbelebt werden und in verbesserter Form einen weiteren Ausbau von und Umstieg auf Ökostromanlagen sicherstellen. Durch diese Maßnahmen kann der Anteil von Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von derzeit 62 % bis 2010 EU-konform auf mindestens 78 % gesteigert werden. Angesichts der hohen Ölpreise bekommt das Ziel, bis 2015 500.000 Ölheizungen durch Pelletsheizungen und Solaranlagen zu ersetzen, neues Gewicht.

Thermische Gebäudesanierung. Die jährliche Althaus-Sanierungsrate wird von 1 % auf 3 % gesteigert. Um das zu erreichen, werden bis 2010 die Mittel für thermische Sanierung auf mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Eine gute Wärmedämmung senkt den Heizbedarf um bis zu 95 % und fängt schon einmal einen guten Teil der erhöhten Energiekosten ab.

Klimaschutzprogramme. Dazu gehören umfassende Informationskampagnen, um die BürgerInnen zu motivieren, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen. Die Ergebnisse aus Forschung und Innovation sollen vermehrt zu konkreter Anwendung gelangen. Mit einer Aufstockung der Ressourcen für Energieberatungen in Gemeinden und Bundesländern wird das Service für die BürgerInnen verbessert. Und nicht zuletzt muss das Thema Klimaschutz in unserem Aus- und Weiterbildungsprogramm stärker integriert werden.

Energieforschungsoffensive. Nicht wegen, sondern trotz der bisherigen politischen Rahmenbedingungen sind einige österreichische Unternehmen technologisch weltweit führend. Ein Ziel der Energiewende ist es, die Rahmenbedingungen für nachhaltige Energieforschung zu verbessern. Daher wird bis 2010 eine schrittweise Aufstockung der Bundesmittel von derzeit 12 auf 50 Mio. Euro erfolgen.

Energiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropa. Über Energiepartnerschaften werden Projekte zum Umstieg auf Erneuerbare Energien bzw. zur Energieeffizienz in den neuen EU-Staaten finanziert, was



Windkraft in Bruck an der Leitha

in Folge zum Atomausstieg beitragen wird.

Wer soll das bezahlen?

Dieses erste Totschlagargument der politischen Gegenspieler kann in diesem Fall schnell widerlegt werden. Der von den GRÜNEN vorgeschlagene Anti-Atom-Fonds finanziert wesentliche Teile der Energiewende. Aber wie kommen die Finanzmittel in den Anti-Atom-Fonds? Erstens wird endlich ein Teil des Ökosteueraufkommens zweckgebunden verwendet. Das GRÜNE Modell einer ökologisch-sozialen Steuerreform sieht eine schrittweise Umschichtung vor (u.a. Entlastung der SteuerzahlerInnen durch Einführung eines Umweltgeldes – Erwachsene bekommen 520 Euro und für jedes Kind 260 Euro jährlich, um einen Ausgleich für die gleichzeitige Anhebung der Steuern auf fossile Energieträger zu schaffen). Auch ein Teil der Energieabgabe wird zweckgebunden für Klimaschutzmaßnahmen verwendet. (Das Gesamtaufkommen der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe belief sich 2004 auf 736 Mio. Euro.)

Schließlich wird auch ein Teil der Wohnbaufördermittel zweckgebunden verwendet. Die Wohnbaufördermittel der Länder belaufen sich auf ca. 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Laut ÖAMTC bescherten die explodierenden Spritpreise dem Finanzminister im Jahr 2006 Steuer-Mehreinnahmen von 150 Mio. Euro. In der Zwischenzeit sind diese Mehreinnahmen noch beträchtlich gestiegen und fließen selbstverständlich ebenso in den Anti-Atom-Fonds.

Alles in allem ein einfaches, unkompliziertes, aber effizientes Konzept, das Österreich in Stande setzt, seine Kyoto-Ziele verspätet doch noch zu erfüllen, Energiekosten zu senken, die Forschung auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energie voranzutreiben, Arbeitsplätze zu schaffen und von Energieimporten unabhängiger zu machen. Beispiele zur Machbarkeit der Energiewende finden sich auf der interaktiven Energiewende-Karte mit Beschreibungen konkreter Projekte und Initiativen in ganz Österreich: ➔

WWW.GRUENE.AT/ENERGIEWENDE2020

Inge Hasenöhrl

➔ ZUM INHALTSVERZEICHNIS

Wir Steuern heraus aus der Ölpreis-Falle

Arbeit entlasten und Energie besteuern. Die ökosoziale Steuerreform der GRÜNEN ist eine Antwort auf drei der drängendsten Probleme: Klimaerwärmung, Arbeitslosigkeit, Preisproblematik.

DIE GRÜNEN wollen das Steuersystem so umbauen, dass Arbeit weniger und Energie stärker besteuert werden. Fossile Energie aus Kohle, Öl und Gas wird durch die ökosoziale Steuerreform verteuert. Arbeit wird im Gegenzug billiger, wodurch Arbeitsplätze entstehen.

Im Endausbau schlagen DIE GRÜNEN eine



jährliche Steuermuschung von 7 Milliarden Euro vor, die nach folgendem Schlüssel zurückverteilt werden: 55 % an die privaten Haushalte, 35 % an die Unternehmen und 10 % an einen Klima- und Energiefonds, der Öko-Technologie und Energiesparmaßnahmen finanzieren soll. Die CO₂-Emissionen werden allein dadurch im Jahr 2015 insgesamt um 10 % oder 9 Mio. t reduziert. Das entspricht etwa einem Drittel des Kyoto- Ziels von 30 Mio. t.



Preistreiber Öl

Ohne eine ökosoziale Steuerreform müssen wir mit einer weit höheren Inflation rechnen, als die höhere Besteuerung von fossiler Energie verursachen würde. Der Ölpreis ist der zentrale Preistreiber, sowohl bei Lebensmitteln als auch bei Energie. Die ökosoziale Steuerreform bietet hier einen Ausweg an. Alle ihre Maßnahmen und die GRÜNE Energiewende verringern die Abhängigkeit von Öl und damit die Teuerung.

Weniger Steuern fürs Energiesparen

Die Haushalte werden durch einen Ökobonus entlastet. Er beträgt für alle ÖsterreicherInnen 520 Euro für Erwachsene und 260 Euro für Kinder. Wer weniger für Energie ausgibt, hat damit einen Gewinn. Vor allem schwächer gestellte Personen, PensionistInnen und kinderreiche Familien profitieren vom Ökobonus, da sie in der Regel weniger Energie verbrauchen als der Durchschnitt. Durch die ökosoziale Steuerreform bleibt deshalb vielen Menschen mehr Geld übrig. Eine Beispiel-Familie mit einem Kind und 120-m²-Eigentumswohnung würde um rund 290 Euro im Jahr entlastet werden. Eine Alleinerzieherin mit einem Kind in einer 85-m²-Mietwohnung würde rund 170 Euro Steuern sparen.

100.000 neue Arbeitsplätze

Unternehmen entlasten DIE GRÜNEN über eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten um rund 2,5 Mrd. Euro (ca. 11 %). Dadurch entsteht ein Anreiz, mehr Menschen zu beschäftigen. Das GRÜNE Modell schätzt den Beschäftigungseffekt auf rund 25.000 neue Arbeitsplätze in der allgemeinen Wirtschaft und weitere erhebliche, positive Effekte durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und durch die Forcierung von Öko-Technologien und Energiesparmaßnahmen wie Wärmesaniierung. Damit erhöht sich der Beschäftigungseffekt auf bis zu 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Der im Oktober 2006 veröffentlichte Bericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern besagt, dass Untätigkeit im Klimaschutz bis zu zwanzig Mal mehr kostet als engagierte Maßnahmen.

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Vermögen wir Gerechtigkeit?



Wer für sein Geld arbeiten geht, soll entlastet werden. Österreich liegt international im alleruntersten Bereich bei Vermögenssteuern, aber im höchsten Feld

bei Lohnsteuern.

Paris Hilton – Beruf „Erbin“. Im „Hochsteuerland“ Österreich wäre sie neuerdings steuerfrei! In den „leistungsfreundlichen“ USA wird sie eine saftige Erbschaftssteuer bezahlen müssen. Verkehrte Welt... Die Erbschafts- und Vermögenssteuer komplett abzuschaffen ist ja auch viel spektakulärer, als eine andere ein bisschen zu senken. Blöd nur, dass nun einige hundert Millionen Euro im Budget fehlen. Die wird sich der Finanzminister sicher bei der nächsten Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zurückholen. Die richtig großen ErbInnen freuen sich jetzt über eine saftige Ersparnis. Den Budgetausfall bezahlt ja die Allgemeinheit...



Mit Vermögen ist nicht das Einfamilienhaus gemeint. Auch nicht die private Altersvorsorge. Vermögend ist nicht, wer durch harte Arbeit gut verdient. Eine Vermögenszuwachssteuer ist auch kein klassenkämpferisches Gerede oder eine wirtschaftsfeindliche Killer-Steuer.

Noch viel Platz nach oben

Sieht man sich die Höhe der Vermögenssteuern im internationalen Vergleich an, merkt man, dass gerade solche Länder Vermögen hoch besteuern, von denen man es vielleicht nicht erwarten würde: So betrug der Anteil von Vermögenssteuern am Bruttoinlands-Produkt 2003 in Österreich nur 0,6 % und – man staune - in der Schweiz 2,5 %, in den USA 3,1 % und in Großbritannien sogar 4,2 %. Der Schnitt der alten EU-15-Länder lag bei 2,1 % - also 3,5-mal höher als in Österreich. Ein paar Prozentpunkte Steigerung bei vermögenswirksamen Steuern brächten daher Milliardenbeträge für soziale und ökologische Maßnahmen, Bildungsinvestitionen oder Steuersenkungen. Immer noch läge Österreich unter dem EU-Schnitt und das Kapital, das scheue Reh, würde sicher nicht die Flucht ergreifen.

10 % besitzen zwei Drittel Österreichs

Knapp 1.000 Milliarden Euro Privatvermögen gibt es in Österreich. Davon besitzt das reichste 1 Prozent der Bevölkerung ein Drittel, und die reichsten 10 % der Bevölkerung besitzen zwei Drittel. Trotzdem wird der Staat immer mehr durch Lohnsteuer und Umsatzsteuer finanziert. Große Vermögen werden steuerschonend in Privatstiftungen geparkt. Das ist einerseits ungerecht und andererseits ein Problem für die Finanzierung des Sozialsystems.

Sozialsystem aus Vermögen sichern

Aber das Sozialsystem stärker aus den Vermögenszuwächsen der Superreichen zu finanzieren – diese Idee scheint in Österreich tabu zu sein. Wer in Österreich höhere Vermögenssteuern fordert, braucht die GegnerInnen nicht lange zu suchen: Sofort sind Volkspartei, Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer zur Stelle, um eine düstere Zukunft an die Wand zu malen. Dabei ist genug da. Für alle. Die Wirtschaft wächst, die Gewinne steigen, Österreich ist reich wie nie. Doch gleichzeitig sinken seit Jahren die Reallöhne, und eine Million Menschen gelten in Österreich mittlerweile als armutsgefährdet – für uns GRÜNE ein völlig untragbarer Zustand.

GRÜNE Maßnahmen:

- Regelmäßige Besteuerung von Stiftungsvermögen (ca. 60 Mrd. Euro).

- „Gruppenbesteuerung“ abschaffen, weil weltweite Verluste zur steuerlichen Gewinnminimierung nach Österreich geholt werden.
- Die Verdreifachung der Negativsteuer von derzeit 110 auf 330 Euro.
- Sozialversicherung sozial gestalten und so kleine Einkommen, die keine Lohnsteuer bezahlen, entlasten.
- Harmonisierung von Kapitalertrags- und Unternehmenssteuern in der EU und „Tobin-Tax“.

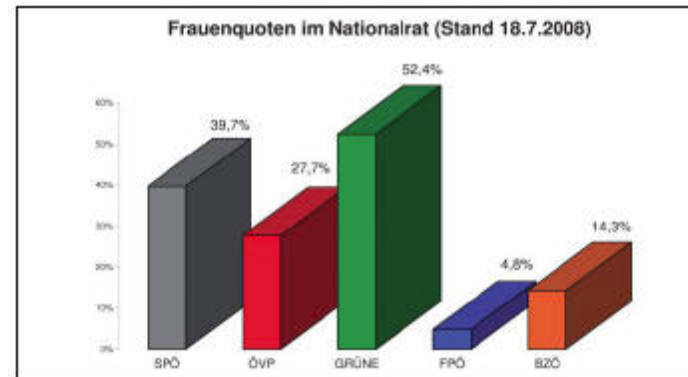
[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Arbeit, [die] [weiblich]



Frauen werden in der Arbeitswelt immer noch auf Klischees und Teilzeitarbeit reduziert. Auch wo sie Karriere gemacht haben, sind sie automatisch auf „das Menschliche“, die „weibliche Intuition“ oder die „einfühlsame Kommunikation“ festgelegt. DIE GRÜNEN wollen Maßnahmen-Pakete, die Frauen fördern und Spitzenjobs eröffnen.

Frauen hatten es in den letzten Jahren am Arbeitsmarkt deutlich schwerer als Männer. Zwar steigt der Anteil arbeitender Frauen, allerdings ausschließlich durch wachsende Teilzeitbeschäftigung. Damit wird auch die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern immer größer. Gefordert ist ein arbeitsmarktpolitisches Paket für Frauen. Als besonders wichtig, weil symbolträchtig, erachten DIE GRÜNEN auch die gezielte Besetzung von Top-Positionen mit Frauen.



Umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze ist die Frauenerwerbstätigkeit in Österreich in den letzten Jahren sogar gesunken. Zwei von fünf erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, und 70 % der geringfügig Beschäftigten sind weiblich. Auch im Stundenlohn beträgt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern etwa ein Viertel. Darüber hinaus gibt es immer noch einen gravierenden Mangel im Kinderbetreuungsangebot. Ohne eine flächendeckende Ganztagsbetreuung ist aber ein Vollzeitjob für sehr viele Frauen nicht machbar. DIE GRÜNEN fordern daher bundesweit Gratis-Ganztagskindergärten.

Frauenförderung am Arbeitsmarkt

Für gravierende Verbesserungen fordern DIE GRÜNEN ein Paket an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen:

- „Aktion 10.000 Frauenjobs“: In bestimmten Branchen und für bestimmte Zielgruppen sollen 2/3 der Jahreslohnkosten übernommen werden

- Wirtschaftsförderung wird an innerbetriebliche Frauenförderung gebunden
- Besserstellung von Teilzeitarbeit
- Frauen in zukunftsweisenden Berufsfeldern durch qualifizierte Ausbildung und Umschulungen
- Gleiche Qualität von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie für Männer
- Frauenförderung als Kriterium bei öffentlicher Auftragsvergabe
- Ganztags-Kinderbetreuung flächendeckend und kostenlos, auch für unter Dreijährige und als Rechtsanspruch

Mehr Frauen in Spitzenpositionen

Frauen sind auch nach wie vor in Top-Positionen unterrepräsentiert. Das trifft auf alle Bereiche zu, von Wirtschaft und Politik über Wissenschaft und Medien bis zur Kultur. Die Gründe reichen von traditionellen Männernetzwerken über das veraltete Rollenbild bis zu direkten Diskriminierungen. DIE GRÜNEN wollen mit einem gezielten Maßnahmenpaket den Frauenanteil in Spitzenpositionen erhöhen:

- Öffentlicher Bereich: Top-Positionen von der Burgtheaterdirektion bis zum Rechnungshofpräsidium sollen zur Hälfte und freiwerdende Universitätsprofessuren zumindest vorrangig mit Frauen besetzt werden. 50%-Frauenquoten in Gremien und Beiräten
- Gezielte Förderung weiblicher Spitzenleistungen über Stipendien, Preise und Quoten in Wissenschaft, Sport, Medien,...
- 40%ige Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen staatsnaher Unternehmen und in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen
- Unternehmerinnen-Fonds: 100-Mio.- Euro-Fonds für Startkredite
- Teilweise Bindung der Parteienförderung an Frauenanteil. Halbe-halbe in der Bundesregierung

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Michaela Sburny

Michaela Sburny, Wahlkampfleiterin der Bundes-GRÜNEN, ist eine jener Frauen, die es politisch sehr schnell zu einer Spitzenposition geschafft haben. Dass sie heute Bundesgeschäftsführerin der GRÜNEN Österreichs ist, liegt wohl an ihrer Bereitschaft sich auseinanderzusetzen, Dinge klar zu benennen und gegnerische Attacken nicht nur auszuhalten, sondern daran zu wachsen.

GRÜNE Stadt: Du bist in Mödling ins Gymnasium gegangen?

Die zweite Frau meines Vaters ist Mödlingerin. Ich bin in die 3. und 4. Klasse des Mädchengymnasiums (damals Eisentorgasse) gegangen. Die Zeit in Mödling habe ich sehr genossen, weil ich viel mit dem Fahrrad unterwegs sein konnte, in Wien war das zu der Zeit



lebensgefährlich. Ich komme heute noch gern nach Mödling.

GRÜNE Stadt: Sind deine Töchter politisch interessiert?

Ja, meine ältere Tochter ist GRÜNE Gemeinderätin in Linz. Die jüngere Tochter ist Buchhändlerin und verschafft mir mit ihrer siebenjährigen Tochter die notwendige Außensicht. Oft fragen sie mich: Wie meint ihr das? Warum sagt ihr das dann nicht so? Das sind wertvolle Rückmeldungen, um klarer und direkter zu kommunizieren. Als alleinerziehende Mutter weiß sie auch, was die Frauen wirklich brauchen. Daher können wir uns gut austauschen über die Sorgen der Menschen, die Auswirkung der Teuerung, die extreme Belastung für Familien. Für die Menschen sind vorerst einmal schnell wirkende Lösungen wichtig, erst in zweiter Linie langfristige und nachhaltige Konzepte.



GRÜNE Stadt: Der Stand der Frauen in der Politik ist ähnlich unbefriedigend wie in der Wirtschaft. Was würdest du den Frauen raten?

Beiben wir bei der Politik: Eine wesentliche Voraussetzung ist die Lust an der Auseinandersetzung. Wir Frauen sind oft zu harmoniebedürftig. Bereit sein, die Dinge klar zu benennen, unempfindlich sein für Attacken. Bei unterschiedlichen Interessen ist es klar, dass die Meinungen aufeinander prallen. Zudem wird die Luft desto dünner, je weiter oben man ist. Da wird es wichtig, ein gutes soziales Netz zu haben und zu wissen, wie man regeneriert. Ich gehe viel spazieren, treffe mich mit FreundInnen, mit denen ich auch über anderes als Politik reden kann. Meinen Rückhalt finde ich bei meinen Töchtern, bei FreundInnen, meinem Exmann. Frauen in führenden Positionen bei den GRÜNEN sind auch Vorbilder dafür, dass es funktionieren kann.

GRÜNE Stadt: Wie profitieren Frauen konkret von der GRÜNEN Politik?

Ich plädiere immer dafür, dass man den Mädchen schon in der Schule die Lust an der produktiven Auseinandersetzung beibringt: Eine gute Streitkultur zu beherrschen. Die Buben hingegen müssen oft erst soziale Fähigkeiten entwickeln. Eine produktive Art, einen Konflikt auszutragen, bedeutet nicht immer, am Schluss Sieger zu sein. Dann gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir GRÜNEN sind die verlässliche Vertretung der Frauen im Kampf für die Lösung ihrer Probleme. Wir sind die AnsprechpartnerInnen für die wichtigen Themen wie Einführung von Frauenquoten, Lohnangleichung, Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, leistbarer öffentlicher Verkehr.

GRÜNE Stadt: Zu dieser Wahl treten wieder viele kleine Parteien an. Wir GRÜNEN befinden uns in einer Aufbruchstimmung. Deine Einschätzung?

Ja, die Aufbruchstimmung bei den GRÜNEN ist sehr groß, das spüre ich ganz stark. Die Menschen sind schon sehr lange desillusioniert und frustriert von der Politik der Großparteien. Gleich nachdem verkündet wurde, dass es Neuwahlen geben wird, haben sich spontan viele Leute bei uns gemeldet, die uns unterstützen wollen. So etwas habe ich noch nie erlebt. In Bezug auf die Kleinparteien gibt es sicher einige thematische Überschneidungen mit dem LIF, während Dinkhauser außer seinem „Rebellentum“ derzeit kein Programm hat.

GRÜNE Stadt: In den Medien wird bewusst manipulativ kolportiert, dass die GRÜNEN mit der ÖVP koalieren wollen. Was ist deine Meinung dazu?

(Lächelt) Diese Aussage kommt in erster Linie von der ÖVP, die damit versucht, uns zu Tode zu umarmen. Wir aber legen unsere Themen auf den Tisch und sagen unmissverständlich: Wenn ihr eine Schwarz/ GRÜNE Regierung wollt, wie schaut es dann aus mit dem Ökostrom- Gesetz, mit der Asylpolitik, der Steuerentlastung für Klein- und Mittelbetriebe usw.? Dann ist die ÖVP gezwungen, Flagge zu zeigen.

GRÜNE Stadt: Die ÖVP wird immer noch als Wirtschaftspartei gehandelt, obwohl durch ihre Politik die für Österreich eminent wichtigen Klein- und Mittelbetriebe (KMU) demoliert werden. Wie können die GRÜNEN den Klein- und Mittelbetrieben helfen?

Durch konkrete Entlastung bei den Steuern. Neugründungen über das dritte Jahr hinaus zu unterstützen, das bekanntlich das Jahr ist, wo die meisten scheitern. Wir haben ein Programm mit ganz einfachen Maßnahmen entwickelt, die den Mikrounternehmen das Leben erleichtern können. Mehr Förderungen und Unterstützung für Leute mit guten Ideen, für innovative Projekte. Darum fordern die GRÜNEN z. B. die vorzeitige 30-prozentige Abschreibung bei Investitionen und die bessere Unterstützung von Mikrobetrieben bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Finanziert werden kann das aus der Wirtschaftsförderung. Momentan profitieren vor allem die größten Betriebe in Österreich von diesen Fördermitteln.

GRÜNE Stadt: Du bist Vorsitzende des Ausschusses für Forschung, Technologie und Innovation. Was hat sich dort in den letzten Jahren getan?

Obwohl jetzt sehr viel mehr Geld als früher in die Forschung geht, gab es vom Rechnungshof bis hin zur OECD Kritik, weil den Förderungen die Effizienz und Transparenz fehlt. Das Geld für die Forschung sollte effizienter, ohne Überschneidungen und Mehrfachförderungen ausgegeben werden. Vor allem die Universitäten werden ausgehungert. Die AkademikerInnenquote in Österreich ist ein einziges Desaster. Inhaltlich sollte der Kommunikationsbereich mehr gefördert werden, der Breitbandausbau ist in Österreich ein Stiefkind. Auch mit der Nanotechnologie, die im Bereich der Umwelt eine große Chance darstellt, muss sich die Wissenschaft stärker beschäftigen. Denn, um die Chancen nutzen zu können, müssen wir die Risiken erforschen.



GRÜNE Stadt: Erzähle ein bisschen von deiner Arbeit als Wahlkampfmanagerin...

Bei der politischen Wahlkampfleitung geht es darum, wie sich die GRÜNEN im Wahlkampf positionieren, wie wir kommunizieren, was die Leute von uns erwarten dürfen. Was unsere Stärken sind. Die traditionellen Themen, wie Ökologie, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Frauen, Arbeitsplätze. Was sind die konkreten Angebote, die wir machen können? Der zweite Teil ist die Wahlkampforganisation. Wer ist wann wo, wer wird kandidieren, haben wir genug KandidatInnen?

GRÜNE Stadt: Fährst du gerne Auto?

(Erstaunlich prompt) Ja. Aber ich mache das relativ rational. Wenn es gut geht, fahre ich öffentlich. Wenn es zeit- und infrastrukturenmäßig zu schwierig wird, fahre ich mit dem Auto. Weite Reisen, wie Urlaub usw., mache ich gerne mit dem Zug und nehme mir dann, wenn nötig, ein Mietauto.

GRÜNE Stadt: Wie bist du „grün“ geworden, und was waren die Auslöser für deinen Einstieg

in die Politik?

Mehrstufig: Mit den kleinen Kindern habe ich die schlechten Rahmenbedingungen für AlleinerzieherInnen zu spüren bekommen. Das hat mich sehr schnell politisiert. Ich stellte mir die Frage: Was braucht es, um mit Kindern gut leben zu können? Dann habe ich mich in Zwentendorf und Hainburg engagiert. Hochschwanger mit dem zweiten Kind, habe ich für die Anti- Zwentendorf-Kampagne plakatiert. 1984 habe ich den Verein EFEU (Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle) mitbegründet. Ich habe zu der Zeit selbst unterrichtet und bemerkt, wie viele Klischees und Rollenklischees immer noch vermittelt werden. 1991 kam ich zu den Wiener GRÜNEN, die eine Fachreferentin für Bildung und Frauenfragen suchten. Zwischen 2001 und 2002 bin ich ausgestiegen. Ich habe mich als Organisationsberaterin selbstständig gemacht. Die Pause hat mir gut getan. Ich bin mit einem anderen Blick wieder eingestiegen.

GRÜNE Stadt: Womit beschäftigst du dich am liebsten im politischen Feld, und was ist dir unangenehm?

Mein Thema ist: Wie lernen Leute, politisch handlungsfähig zu werden? Nicht nur große Reden zu schwingen, sondern auch etwas zu bewirken. Das urbasisdemokratische Thema auf einer politisch realen Ebene. Macht positiv zu besetzen. Ungern mache ich Presseaussendungen, die notwendig sind, um GRÜNE Präsenz zu sichern, die aber nicht mein politischer Stil sind. Das Hick-Hack geht mir auf die Nerven. Aber es gibt auch viel zu lachen. Humor ist für mich eines der wichtigsten Dinge. Auch über sich selbst lachen zu können.

GRÜNE Stadt: Was soll die 16-Jährigen motivieren, Grün zu wählen?

Was für alle gilt, gilt für diese Jugendlichen ganz besonders: Sie ernst zu nehmen. Vielen von ihnen ist die Umwelt ein Anliegen. Sie sorgen sich auch um das Arm-Reich-Gefälle. Strache nützt die Angst der Leute und bietet ihnen dafür eine Plattform. Wir GRÜNE müssen dieser Angst die Hoffnung entgegensetzen - konkrete Lösungen, Antworten auf konkrete Probleme. Dann verändert sich der Zugang zur Politik.

GRÜNE Stadt: Was sind deine besonderen Anliegen?

Dass es gelingt, auch mit Hilfe GRÜNER Politik, in Österreich die Situation für die Menschen so zu verändern, dass vom steigenden Wohlstand (und den gibt es) alle profitieren können. Und dass die großen Zukunftsthemen – Ressourcenverbrauch, Bildungsfragen – viel stärker ins Zentrum der Politik gerückt werden. Konkret: Dass wir eine Regierung bekommen, in der FPÖ- und BZÖ- Politik nicht vorkommt. Diese Wahl wird eine Wahl der Richtungsentscheidung.

**Das Gespräch führte Inge Hasenöhrl.
Die ungekürzte Fassung des Interviews finden Sie auf unserer Homepage www.die-gruenen-moedling.at**

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Die KandidatInnen der GRÜNEN im Wahlkreis



und im Land

In den vergangenen Wochen wurden die KandidatInnen für die NRWahl gewählt.

Die Landesliste wird angeführt von Dieter Brosz, gefolgt von Tanja Windbüchler-Souschill und Bettina Hradecsní. Aus dem Bezirk Mödling kommen Gerhard Wannemacher auf Platz 6 und Monika Moser (Brunn) auf Platz 12.

Der Regional-Wahlkreis setzt sich aus den Bezirken Wien-Umgebung und Mödling zusammen. Hier kommt die Nummer 1 diesmal aus unserem Nachbarbezirk: Sepp Wimmer, Stadtrat in Klosterneuburg, führt die Liste der KandidatInnen an. Auf Platz 2 steht Monika Moser, Vize-Bürgermeisterin von Brunn/Geb. Nummer 3 in der Region ist Gerhard Wannemacher.



Dieter Brosz

begann seine politische Tätigkeit 1989 als Finanzreferent der GRÜNEN NÖ und war 1993 bis 1999 im Vorstand der Grünen Bildungswerkstatt NÖ. Seit 1999 ist er Nationalratsabgeordneter und Bildungs-, Jugend- und Sportsprecher des GRÜNEN Parlamentsklubs.



Mag. Sepp Wimmer

Politologe, seit 1995 im Gemeinderat von Klosterneuburg, seit 2000 Stadtrat (für Verwaltung/Organisation und Umweltschutz) und Teil einer schwarz/grünen Stadtkoalition. Vorstandsmitglied der GRÜNEN NÖ, seit 2002 im Vorstand der Wienerwaldkonferenz engagiert.

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

GRÜNE Informationsveranstaltung zur Hauptstraßenplanung für die AnrainerInnen aus Demelgasse und Josefsgasse – ein Erlebnisbericht



Seit Herbst 2007 versuchen wir GRÜNE, die Öffentlichkeit über die Konsequenzen einer geplanten neuen Einbahnführung der Hauptstraße und der dadurch drohenden Verkehrsflut in angrenzende Wohnstraßen zu informieren. Die Briefe an die AnrainerInnen der Josefs- und der Demelgasse und die im Juni verteilten Flugblätter führten zu heftigen Reaktionen der Betroffenen mit dem Wunsch nach mehr Information. Wir GRÜNE luden deshalb zu einer Informationsveranstaltung.

Zur Erinnerung: Im Sommer 2007 wurden von den



Rathausverantwortlichen fünf Planungsbüros eingeladen, Konzepte für eine Neugestaltung der Hauptstraße zu entwickeln. Der Bürgermeister machte dabei die Vorgabe, die Hauptstraße zwischen Demelgasse und Bahnhofsplatz als Einbahn in Richtung Zentrum zu führen. Dies hätte zur Folge, dass der Verkehr in Richtung Bahnhof statt durch die Hauptstraße durch andere Straßen – eben die Demelgasse und die Josefsgasse – fließen müsste.

Wir GRÜNE kritisierten dies als krasse Fehlentscheidung, was aber weder von ÖVP noch von SPÖ zur Kenntnis

genommen wurde. Die Information der Öffentlichkeit erfolgte – ob bewusst oder aus Unvermögen können wir nicht beurteilen – äußerst mangelhaft. Die Präsentationen der Ergebnisse des Planungswettbewerbs zur „Neugestaltung der Hauptstraße“ im Arbeiterkammersaal wurden nur unscheinbar in der Gemeindezeitung angekündigt. Die Einbahnregelung und deren Konsequenzen wurden bei den Veranstaltungen nur in einem Nebensatz angesprochen.

Die GRÜNEN informieren

Wir meinten, das ist schlecht, und haben selbst informiert: Zunächst in unserer Zeitung und schließlich im Frühjahr 2008 in Briefen an die AnrainerInnen, die kaum Kenntnis von den Vorhaben hatten. Schließlich luden wir GRÜNE am 7. Juli 2008 zu einer Informationsveranstaltung ins Mautwirthaus, zu der rund fünfzig Personen kamen.

Seitens der ÖVP erschien auch Stadtrat Ukmar, zuständig für Stadtentwicklung, seitens der SPÖ Gemeinderat Panny, zugleich Bauamtsverantwortlicher für Tiefbau, Journalisten von Kurier, Krone und NÖN waren ebenfalls anwesend.

Empörung über Informationsmängel

Zwei Vertreter der GRÜNEN im Gemeinderat wollten zunächst die Geschehnisse der Vergangenheit Revue passieren lassen, wurden aber bald von BesucherInnen der Veranstaltung unterbrochen, die ihrer Entrüstung über das Vorgehen der Stadtverantwortlichen sehr deutlich Ausdruck verliehen. Die aufgebrachte Menge wollte zuerst nur die Frage beantwortet wissen, wer für diese Entscheidung verantwortlich war, und vor allem, warum diese Planung so festgelegt worden war. Stadtrat Ukmar als gemeinsam mit Bürgermeister Hintner politisch Verantwortlichem wurde daher Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

STR Ukmars Ausflüchte

STR Ukmar verwies in seiner bekannt ausschweifenden Art darauf, dass doch alle Fraktionen dafür seien, die Hauptstraße zu verschönern, doch die Anwesenden wollten auf den Punkt kommen und urgieren die Beantwortung der Frage „WARUM diese Einbahnführung?“. Ukmar ließ sich davon nicht beeindrucken und führte weiter aus, dass „die Hauptstraßenplanung von allen Fraktionen mitgetragen werde und als *prioritär eingestuft wurde*“. Später wurde die Einbahnvorgabe plötzlich abgeschwächt: „...die Planung ist



ja nur einmal ausgeschrieben worden, das ist ja noch kein Beschluss" – nix is fix...

Von den Vertretern der GRÜNEN wurde daraufhin deutlich gemacht, dass die Einbahnführung sehr wohl eine von der SPÖ geduldete verbindliche Vorgabe seitens der ÖVP war und keineswegs eine „mögliche Alternative“- der einzige davon abweichende Entwurf war ja sogar aus genau diesem Grund vorab aus dem Wettbewerb ausgeschieden worden. (Die von Dr. Ukmar dargestellte Unverbindlichkeit wurde von diversen Medien mehrmals verkündet, illustriert mit ÖVP-Stellungnahmen und „gewürzt“ mit der Unterstellung, die GRÜNEN wollten aus den Ängsten der BürgerInnen politisches Kleingeld schlagen. Einige AnrainerInnen ließen sich jedoch mittlerweile von PlanerInnen aus erster Hand bestätigen, dass die Übernahme der vorgegebenen Einbahnregelung in die Planungskonzepte eine bindende Voraussetzung für die Umsetzung der Entwürfe war.)

Die Frage nach dem WARUM blieb von Dr. Ukmar unbeantwortet. Wahrscheinlich geht es wieder einmal um ein paar zusätzliche Parkplätze. Aber dafür leichten Herzens einige hundert AnrainerInnen der Demelgasse, der Josefsgasse und der Bachgasse einer massiven zusätzlichen Verkehrsbelastung auszusetzen, ist aus unserer Sicht unverantwortlich.

Abwehrmaßnahmen der AnrainerInnen

Seitens der aufgebrachten AnrainerInnen wurden dann Strategien zur Durchsetzung ihres Widerstandes vorgeschlagen: Etwa eine Blockade der Demelgasse Anfang September zu Schulbeginn oder – eine interessante Wortmeldung – ein zeitlich befristeter Gebührenstreik durch Einzahlen der Gebühren auf ein Treuhandkonto. Immerhin ließ sich Dr. Ukmar daraufhin zu der Meldung herab, dass man, „wenn sich die Lösung als verkehrstechnisch ungünstig herausstellt, eventuell davon Abstand nehmen wird“, was hoffen lässt, dass der Vernunft doch noch zum Durchbruch verholfen werden kann.

Wolfgang Loibl

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Wieder einmal ein dummer Vorschlag?



Dass die Mödlinger Stadtregierung bei der Neugestaltung der Hauptstraße über die BürgerInnen in gewohnter Manier einfach drüberfährt, ist wohl ähnlich zu sehen wie die Teuerung nach Einführung des EURO. ExpertInnen wollen da glauben machen, es sei alles anders und sie könnten dies belegen. Irgendwann sprechen PolitikerInnen dann in einem Euphemismus von einer „gefühlten“ Teuerung.

Das Feigenblatt der Stadterneuerung, „STERN“ genannt, wird eine Schnuppe sein. Mit ihr verglüht der Willen der BürgerInnen, dieser Stadtregierung noch etwas zu glauben. Wie zornig Menschen in Sachen Hauptstraße werden können, wenn sie belogen werden!

Denken wir doch einmal ganz neu: Die Hauptstraße wird bis inklusive Freiheitsplatz zur Fußgängerzone. Anrainer dürfen zufahren, Lieferverkehr zwischen 08:00 - 10:00 Uhr. SchülerInnen dürfen zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren. Das Parkhaus am Bahnhof kann von den BesucherInnen der Stadt verwendet werden. Es gibt im 10 Minuten-Takt einen elektrisch betriebenen Gratis- Shuttle. Besucher könnten in der Stadt flanieren, ihren Kaffee trinken. Vielleicht siedeln sich dann wieder mehr Geschäfte an.

Wahrscheinlich werden mir alle möglichen Leute erzählen wollen, warum das nicht geht. Anstatt sich Gedanken zu machen, wie das gehen könnte.

Komisch. In den Plänen dieser Stadtregierung dreht sich immer alles nur um Autos. Um Parkplätze. Keine Menschenplätze. Herr Bürgermeister, wollen Sie mir weismachen, die Menschen dieser Stadt mögen ihre Autos lieber als ihre Mitmenschen oder ihre Kinder? Glaube ich Ihnen auch nicht, meint

der Tiroler

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Schildbürgerstreich am Jordanfelsen?

Beim Jordanfelsen in der Klausen wurde als Umsetzungsmaßnahme zum MOVE-Radroutenkonzept eine Druckknopf-Ampelanlage errichtet. Aber die Radroute ist wegen der Einbahnführung der Liechtensteinstraße, die keine Ausnahme für RadfahrerInnen zulässt, nur in einer Richtung befahrbar.

„Lückenschluss“ steht ganz oben auf allen Listen, die sich mit dem Ausbau des Radroutennetzes in Mödling beschäftigen. So war das im Verkehrskonzept „MOVE“, so ist das in der Stadterneuerungsaktion „STERN“.

Für die Radroute am Mödlingbach, die nach wie vor die wichtigste Radverbindung durch Mödling darstellt, bestand – und besteht bis jetzt – das Problem, dass der kombinierte Fuß- und Radweg am Neuweg in der Vorderbrühl kurz vor der Jägerhausgasse endet und keine Verbindung zum Vorderbrühler Promenadenweg entlang des Mödlingbaches hat, der die Radroute in die Hinterbrühl fortsetzt. Die Wege durch die Wohnhausanlage „An der Königswiese“ sind relativ schmal und mit einem Radfahrverbot belegt. Im Verkehrskonzept MOVE wurden seinerzeit dafür mehrere Lösungsvarianten vorgeschlagen, und es wurde schließlich entschieden, die Radroute durch die Liechtensteinstraße zu führen und beim Jordanfelsen eine Druckknopf-Ampel zur sicheren Querung der Brühler Straße zu errichten.



Neue Ampel beim Jordanfelsen



Liechtensteinstraße: Stopp auch für RadfahrerInnen

Teure Ampelanlage – keine Lösung

Jahrelang stand diese Ampel im Investitionsprogramm der Gemeinde, und nach Zusage einer Kostenbeteiligung durch das Land wurde das Projekt vor einiger Zeit um zigtausend Euro realisiert. Um das Befahren der Radroute in beide Richtungen zu ermöglichen, wäre es allerdings notwendig, das Befahren der Liechtensteinstraße für RadfahrerInnen auch gegen die Einbahn zu erlauben. Das ist bisher nur für die nördliche Nebenfahrbahn der Brühler Straße westlich des Jordanfelsens erfolgt. Die Freigabe der Liechtensteinstraße in West- Ost-Richtung fehlt.

Falle für RadfahrerInnen

Dazu kommt noch, dass RadfahrerInnen, die am Promenadenweg von der Hinterbrühl kommend bei der Radfahrverbotstafel nach links in die Liechtensteinstraße ausweichen, überhaupt nicht erkennen können, dass sie dort unerlaubt gegen die Einbahn fahren, da jede Beschilderung fehlt. Vom Verkehrsamt der Stadt Mödling wird dazu festgestellt, dass die Liechtensteinstraße zu schmal für das Radfahren gegen die Einbahn ist. Hat man das nicht vorher gewusst?



Radfahrverbot durch Wohnhausanlage, bei Ausweichen in die Liechtensteinstraße kein Hinweis auf Einbahn

Problem Liechtensteinstraße

Die Liechtensteinstraße darf von Kraftfahrzeugen nur im AnrainerInnenverkehr befahren werden und wurde vor wenigen Jahren komplett umgebaut. Im Zuge der Neuplanung wurde über weite Strecken auf Gehsteige verzichtet, um möglichst viel Platz für parkende Autos zu schaffen. FußgängerInnen (auch Kinder!) müssen daher bereits jetzt auf der Fahrbahn gehen.

Wohnstraße bringt Lösung

Als Lösung des Problems bietet sich an, die Liechtensteinstraße zur Wohnstraße zu

erklären. Die Zufahrt im AnrainerInnenverkehr wäre dabei weiterhin erlaubt, aber nur mehr im Schritttempo, was natürlich auch überwacht werden müsste. FußgängerInnen wären besser geschützt und Radfahren wäre auch gegen die Einbahn zulässig.

Vorbild Frauensteingasse

Eine Wohnstraße mit ähnlich geringer Breite und Radfahrerlaubnis gegen die Einbahn gibt es bereits in der Frauensteingasse – bisher ohne Probleme.

Lösung auch für Achsenaugasse

Und eine solche Lösung – in Verbindung mit der bereits vor Jahren von der HTL vorgeschlagenen geringfügigen Verschwenkung der Badstraßen- Fahrbahn – würde auch das Befahren der Achsenaugasse erlauben. Endlich wäre die Radroute am Mödlingbach durchgehend befahrbar! DIE GRÜNEN werden im Oktober im Gemeinderat einen Antrag auf Umsetzung dieser Lösung stellen.

Alfred Trötzmüller

Die Journalistin und der Professor - in Mödling



Am 17. Juni durften wir zwei wichtige politisch Handelnde zu einer Podiumsdiskussion in Mödling begrüßen: Anneliese Rohrer, Doyenne des österreichischen Journalismus, und GRÜNEN-Klubchef Alexander Van der Bellen. Thema war „Jeder Zeit ihre PolitikerInnen?“



Mit dem Kursalon hatten wir einen perfekten Rahmen für eine sehr gepflegte Diskussion gewählt (Danke dem Team von „100 Tage“ - → WWW.100TAGE.COM). Trotz Fußball-EURO waren etwa achtzig ZuhörerInnen gekommen - und diskutierten eifrig mit.

Es war ein ganz besonderer Abend. So würden wir politische Debatten gerne öfter sehen: Austausch von Argumenten auf Basis von fundiertem Wissen und viel Erfahrung. Keine Polemik, keine vorschnellen und billigen Totschlag-Statements. Ganz einfach interessant!

Wenn Sie an der Diskussion interessiert sind: Wir haben sie mitgeschnitten und sie ist im Web nachzuhören: WWW.DIE-GRUENEN-MOEDLING.AT/20_TERMINE/080617/080617.WMA

Street Event in Mödling, Samstag, 20. September 2008



Entdeckt auf der Website von Bernhard Kohl (dem Niederösterreicher mit dem 3. Platz bei der Tour de France) ein Spruch von John Howard: „Das Fahrrad ist ein kurioses Vehikel. Sein Passagier ist zugleich sein Motor.“ Noch vor wenigen Jahren hätte es wohl niemand für möglich gehalten: In Mödling ist das Radfahren in. Alte und junge, arme und reiche MödlingerInnen haben dieses geniale Fortbewegungsmittel entdeckt. Und nicht zuletzt für diese innovative Gruppe setzt der diesjährige Autofreie Tag Akzente. Und für die Erkenntnis, dass der öffentliche Raum Platz für alle bieten soll. Für Füße und Autos, für Fahrräder und Busse, für Kinder und alte Menschen.

Mit Spaß und Lust für Klimaschutz

Unter diesem Motto wird am 20. September 2008 - erstmals gemeindeübergreifend - eine Radl-ÖKO-Sternfahrt durchgeführt. Die Tour mit Start (ab 9 Uhr) und Ziel (bis spätestens 16 Uhr) in Mödling (Josef-Deutsch-Platz) führt über Stationen in St. Gabriel, Brunn am Gebirge, Perchtoldsdorf, Maria Enzersdorf

zurück nach Mödling. Fakultative Bergwertungen: Perchtoldsdorfer Heidefest (ab 13 Uhr) und Gießhübl. Die TeilnehmerInnen sammeln Stempel bei allen Stationen und haben je ein Zeitlimit von drei Stunden. Jede Gemeinde-Station trägt mit einem Bio-Frühstück, Bio-Obst, Energie- Getränken oder Fair-Trade-Schokoladen zur Labung der TeilnehmerInnen bei. Wer beim Ziel Stempel von allen Stationen vorweisen kann, muss nur noch über die Hürde einiger Quiz- Fragen aus der bereisten Strecke springen und kann – neben dem Lust- und Fitnessgewinn – einen kleinen Preis nach Hause tragen. Ziel ist es, an diesem Tag möglichst viele Menschen und Fahrräder zu bewegen. Voranmeldungen sind ab Ende August auf der Website der Gemeinde Mödling (www.moedling.at) oder per E-Mail (ha.wei@aon.at) direkt bei Umweltstadträtin Inge Hasenöhrl möglich. BürgerInnen aus den anderen Gemeinden finden Details auf ihrer Gemeinde- Website.

Der öffentliche Raum ist für alle da

Zu diesem Thema gibt es, ebenfalls gemeindeübergreifend, eine Gehzeuge-Staffel von Perchtoldsdorf nach Mödling. Die Gehzeuge- Staffel hat zum Ziel, anlässlich der Mobilitätswoche eine öffentliche Diskussion über zukunftsfähigen und fairen Verkehr anzuregen. Mit Fragen wie: Hat mensch zu Fuß die gleichen Rechte wie mensch im Auto? Wem gehört der öffentliche Raum, wie wirkt es (sich aus), wenn jeweils nur ein Mensch im Auto sitzt? Die Gehzeuge werden im Zuge eines fairkehr- Workshops von SchülerInnen der HTL Mödling hergestellt. Wer mitgehen und/ oder ein Gehzeug tragen will, kann sich ebenfalls ab Ende August per E-Mail bei Umweltstadträtin Inge Hasenöhrl (ha.wei@aon.at) anmelden.

Auf der Hauptstraße spielt – wie immer – die Musi

Auf der Hauptbühne spielt ab 10 Uhr die vom letzten Jahr bekannte Band Bunte Hunde. Um 11:45 Uhr wird die sehenswerte Radakrobatikshow des Rad-Show-Teams Skills 43 zeigen, welche Unmöglichkeiten mit einem simplen Rad möglich sind. Zum Essen gibt es neben Heurigentradition Kürbisgröstl, Feuerfleck und Bio-Eis. Traditionsgemäß wird es wieder einen Ökomarkt für Lebensmittel und Dinge des täglichen Gebrauchs und natürlich eine Jugend- und Kinderzone geben. Das beliebte MÖP-Figurentheater wird die Aller kleinsten wieder um 11 und um 14 Uhr mit dem Stück „Nashörner beißen nicht“ verzaubern. Verschiedene Institutionen wie „die umweltberatung“, Postbus und Polizei bieten ihre bewährten Dienste an (Spezifische Informationen zum Öffentlichen Verkehr, Fahrradcodierung usw.). Umweltstadträtin

Inge Hasenöhrl

Programm am Josef-Deutsch-Platz (vor dem Museum)

ab 09:00 Uhr:	Anmeldung zur Radl-ÖKO-Sternfahrt
10:00 Uhr:	Offizielle Eröffnung
10.15 Uhr:	Die Liveband <i>Bunte Hunde</i> rockt und popt bis 16:30 Uhr
11:45 Uhr:	Radakrobatikshow des Rad-Show-Teams Skills 43
ca. 12:30 Uhr:	Ankunft der Gehzeuge-Staffel am Josef-Deutsch-Platz, Begrüßung durch den Bürgermeister
12, 14 und 16 Uhr:	Jeweils letzte Etappen der Radl-ÖKO-Sternfahrt - Quiz und Preisverleihungen (auf der Bühne)

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Die GRÜNEN am Autofreien Tag



Auch heuer beteiligen sich DIE GRÜNEN wieder am 20. September am Autofreien Tag der Stadtgemeinde Mödling und bieten in der autofreien Zone in der Hauptstraße tolle Aktivitäten für Fußgänger- und RadfahrerInnen.

Die GRÜNE Fahrradbörse Fast jeder kennt es: Man kauft ein neues Rad und der alte Drahtesel wird im Keller auf unbekannte Zeit verstaut, ohne nochmals Verwendung zu finden. Oder genau umgekehrt: Man sucht ein Fahrrad - wartet aber auf ein günstiges Schnäppchen.

GRÜNE Fahrradbörse

9:30 bis 16:00 Uhr

Annahme: 9:00 bis 15:00 Uhr

Auszahlung: ab 16:00 Uhr

Die grüne Fahrradbörse bietet für Käufer und Verkäufer die ideale Plattform!

So funktioniert's:

Verkäufer bringen Ihr Rad oder auch Zubehör (Sattel, Kindersitze, etc.) und setzen einen Preis fest. Bei Verkauf wird der Kaufpreis treuhändig von Mitarbeitern der Fahrradbörse übernommen und am Ende des Tages abzüglich 5 % an sie ausbezahlt. Diese 5 % werden dem Sozialamt der Stadt Mödling für ein Sozialprojekt übergeben. Interessierte Käufer haben die Möglichkeit unter allen angebotenen Rädern und Zubehör zu wählen und gegen Hinterlegung eines Pfands sogar Probe zu fahren. Räder die nicht verkauft wurden, sind von den Radbesitzern wieder abzuholen.



Fahrradreparatur

Zwischen 10:00 und 16:00 Uhr repariert Raimund Singer - ein genialer Radmechaniker - ihr Fahrrad. Gratis! (Wenn Teile zu erneuern sind, müssen Sie diese – nur diese - bezahlen.)

Mühlespiel

Schon Tradition hat das GRÜNE Mühlespiel auf der Hauptstraße. Wir spielen den ganzen Tag über ein Turnier aus. Hauptpreis ist ein funkelnagelneuer Radhelm. Daneben gibt's ein paar Trostpreise.

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Besucherrekord beim Grünen Wanderkino



Dass auch anspruchsvolle Filme ein großes Publikum anziehen können, bewies der Start des fünften Grünen Wanderkinos in Mödling am 8. und 9. August am Europaplatz.

Am Freitag musste indoor gespielt werden. Trotz des ungemütlichen Regenwetters war der Pfarrsaal bis zum letzten Platz besetzt. Die hervorragende türkische Musikband Südbahnhof schuf eine stimmige

Überleitung zu dem außergewöhnlichen und beeindruckenden Film Crossing the Bridge – the Sound of Istanbul.

Über 250 Cineastinnen und Cineasten wohnten am Samstag der subtilen, ironischen Liebesgeschichte eines französischen Bauern und einer rumänischen Frau im Film Sie sind ein schöner Mann bei und sprengten so fast den Rahmen des Europaplatzes. Das passende Rahmenprogramm mit der rumänischen Musikgruppe Hora und Kulinarischem aus der Balkanregion schaffte eine entspannte und fröhliche Stimmung.

Das Grüne Wanderkino, getragen vom Verein Kulturinitiative Region Mödling (KIM), ist endgültig zu einer nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden.



[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

Theater im Bunker 2008 – Verzaubern im Berg!



Kein Zweifel! Mit Alles.Außer.Irdisch hat Bruno Max wieder ein besonderes Stationentheater inszeniert und ein ungewöhnliches Thema gefunden, wo sich Absurdes mit Alltäglichem kreuzt und sich Fiktion mit Realem vermischt. Heuer schon zum zehnten Mal!



Allen, die die Bunker-Inszenierungen schon kennen, ist er vertraut - der „Grottenbahneffekt“, wenn man im Dunkeln zur nächsten Szene geführt wird und beim Um-die-Ecke-biegen oder beim Tür-Öffnen durch die neue Szenerie im Stollen immer wieder überrascht und verzaubert wird: von der Rauminstallation, den Kostümen, den Texten, den SchauspielerInnen. Auch, dass man fast auf Tuchfühlung zu den DarstellerInnen geht, ist etwas Besonderes.

Diesmal war Weniges richtig schrill wie in manchen Inszenierungen der Vorjahre, Weniges war gefällig, z. B. die „intergalaktische Schlampe“, die sich nur ein dem irdischen Gesprächspartner und Science Fiction-Autor wunschgemäßes Äußeres zulegte.

Manches war zum Lachen – etwa die Vermutungen der außerirdischen Tentakelwesen über das Fortpflanzungsverhalten der Erdlinge, die das nicht einfach durch Zellteilung tun, sondern komplizierte Rituale brauchen, mit Häuten-und-Lippen-aufeinander- Pressen, das zu Nachwuchs führt...

Einiges hat zum Nachdenken angeregt, wie die Geheimdienst-Szene mit zwei in Formaldehydbecken konservierten, durch Bandagen verborgenen - möglicherweise - Alienkörpern. Manches hat auch berührt, wie der eindringliche Monolog einer sich als unscheinbare Buchhalterin gebenden Außerirdischen auf Erdmission, oder noch mehr der eindringliche Dialog zweier Damen im Spital, in dem eine am Ende sagt, sie spreche mit „Ihm“, ob noch eine Zeit lang Platz für sie beide da wäre – für sie und das Alien in ihrem Körper. In diesem allerletzten Satz wird offenbar, dass so das körperfremde Krebsgeschwür bezeichnet und gefühlt wird.

Wenn Sie diese Zeilen lesen, ist der „Bunker 2008“ schon vorbei, mit der Darstellungskunst und den körperlichen Anstrengungen der rund fünfzig SchauspielerInnen, die bei 12° Stollentemperatur 15-mal pro Abend immer aufs Neue verzaubern müssen – gelegentlich auch in der Unterwäsche... Also: Lassen Sie sich den Bunker 2009 nicht entgehen!



Wolfgang Loibl

[← ZUM INHALTSVERZEICHNIS](#)

IMPRESSUM